

Montag, 6. Dezember 1993
4020 Linz, Promenade 23
☎ 0 73 2 / 78 05-0
Anzeigenannahme:
☎ 0 73 2 / 78 05-500
Abonnenten-Service:
☎ 0 73 2 / 78 05-560
S 8.- Nr. 282
UNABHÄNGIG

OBERÖSTERREICHISCHE Nachrichten

48. Runde: (Ohne Gewähr)
LOTO 6 aus 45
2 17 41 42 44 45 14
JOKER 256532

Bürgermeister Zilk durch Briefbombe schwer verletzt

Sonderkommission jagt den Attentäter

WIEN. Die mörderische Serie von Briefbomben-Attentaten forderte gestern Abend ein drittes Opfer: Wiens Bürgermeister Helmut Zilk (66) wurde zu Hause beim Öffnen der Post von einer Briefbombe schwer verletzt, seine Frau Dagmar Koller erlitt einen schweren Schock. Am Samstag blieben Caritas-Präsident Helmut Schüller und der Obmann eines slowenischen Kulturvereines in Bad Radkersburg nur durch Glück unverletzt.

Als gestern Abend Wiens Bürgermeister Helmut Zilk nach seiner Rückkehr aus Zürich noch seine Korrespondenz durchsah, explodierte der Sprengsatz. Zilk erlitt schwere Verletzungen an den Armen. Er wurde sofort ins Wiener AKH gebracht und operiert. Möglicherweise verliert er einige Finger. Zilk ist damit der dritte verletzte Empfänger einer von fünf Briefbomben. Bisher hatte es der Absender mit professionell gebastelten Briefbomben (Nitroglycerin, Knopfzellen-Batterie als Zünder, dün-

ner Draht als Auslöser) nur auf Menschen abgesehen, die sich für Ausländer engagieren. Sowohl Caritas-Chef Schüller als auch der Obmann der Slowenenorganisation entgingen dank des Mißtrauens von Angestellten, denen die Briefe verdächtig vorkamen, Verletzungen.

In vier Fällen waren die Sprengbriefe in Niederösterreich aufgegeben worden, vermutlich auch der fünfte an Zilk.

Innenminister Löschnak richtete gestern eine Sonderkommission zur Jagd auf den Bombenterroristen ein.

Die Briefbomben lösten eine Diskussion über die österreichische Ausländerpolitik aus. Innenminister Löschnak wertet die Anschläge unter anderem als Protest gegen seine Gesetze. Bundeskanzler Vranitzky betonte im ORF, daß sich „am Mittelweg, den wir bisher gegangen sind, nichts ändern wird“. Bei den Ausländergesetzen gehe es ihm um „rechtliche Vorkehrungen, aber auf der anderen Seite mindestens ebenso stark um Toleranz und Offenheit“.

(Seite 2, 13)
(Kommentar Seite 2)



Rainbach: Nikolaus kam mit Kutsche

Mit einer Pferdekutsche fuhr gestern der Nikolaus in Rainbach im Mühlkreis vor. Auch in Hellmonsödt und Gunskirchen setzten „Nikoläuse“ auf Pferde als Transportmittel. Natürlich sind auch heute in Oberösterreich wieder Nikolos unter-

wegs. In St. Nikola wird der gerngesehene Gast mit dem langen Bart sogar mit einem Schiff ankommen. In Linz findet heute Abend ab 18.15 Uhr auf der Landstraße die ÖAMTC-Nikolausfahrt statt.

Foto: Harrer

Heute

Außenpolitik:
Rußland vor der Wahl

MOSKAU. Rußlands Schicksalstag rückt näher: Nächsten Sonntag wählen die Russen nicht nur ein neues Parlament, sie stimmen auch über die Verfassung ab.
(Seite 3)

Weltspiegel:
Tausende weinen um Pablo Escobar
MEDELLIN. Beim Begräbnis des Drogenbarons Pablo Escobar trauerten Tausende. Das Kopfgeld wird an Familien der von ihm ermordeten 500 Politisten aufgeteilt. (Seite 5)

Wirtschaft:
Sozialwohnungen immer teurer
LINZ. Weil die Betriebskosten Genossenschaftswohnungen immer teurer machen, fordern die Gemeinnützigen neue Formen von Wohnbeihilfe. (Seite 9)

Regionales:
Pfarrer schlug bei Predigt Feueralarm
WINDHAAG B. FREITAG. Während der Predigt in der Frühmesse gab gestern der Pfarrer von Windhaag bei Freitadt Brandalarm. (Seite 13)

Im Nebel verirrt: Witwer erfror
KOLLERSCHLAG. Im dichten Nebel fand ein betagter Witwer in Kollerschlag nicht mehr nach Hause und erfror hilflos. (Seite 13)

Tagebuch Seite 18

Das Wetter
Bewölkt, zeitweise auch heiter. Etwas kälter.
Wetterkarte Seite 6



Caritas-Präsident Helmut Schüller blieb unverletzt.

Foto: AP/Agfänger

Mülltrennung wird ein großes Geschäft

LINZ. Der Konsumentennot mit der Verpackungsverordnung nehmen sich immer mehr Firmen an, die mit gefinkelten Mülltrennungssystemen ein gutes Geschäft machen wollen. Aber es muß ja nicht gleich der „Rolls Royce“ unter den Abfallsammlern sein, der als drei Meter lange Einbaueinheit um rund 40.000 Schilling keinen Sortierwunsch mehr offenläßt.

Der Einstieg in die Profisammelwelt beginnt bei ein paar Hundertern für Sammeltürme aus Pappe mit Extra-Bioeinheit. Soll's ein bisserl stabiler und schöner fürs

Auge sein, geht es unter zweieinhalb Blauen nicht ab. Das Geschäft mit der Mülltrennung kommt in Schwung. Die Zeit der simplen alten Schachteln und Sackerln zum Sammeln von Altpapier, Metall, Kunststoffmüll und Altglas scheint abzulaufen. (Seite 14)

Zum Aufakt
Ein Lächeln ist die kürzeste Entfernung zwischen Menschen. -rm-

Testwahl: CDU verliert in Ostdeutschland

BERLIN/POTSDAM. Die Beteiligung bei den Kommunalwahlen im ostdeutschen Bundesland Brandenburg lag mit 60 Prozent deutlich unter dem Wahlgang 1990 – auf der anderen Seite hatte man in einem Fünftel der 1700 Gemeinden keine Kandidaten für Bürgermeisteramt oder Gemeinderat gefunden. Die bisher führende CDU rutschte weit ab.

Als letzter Urnengang vor dem deutschen Superwahljahr 1994 war Brandenburg zum Test auch für Bonn (Bundestagswahl im Herbst) erklärt worden: Die CDU war bei den Brandenburger Kommunalwahlen 1990 gleich nach der Wende noch auf 32 Prozent gekommen. Nun sank sie laut ersten Auszählungsergebnissen landesweit auf 20 Prozent ab. Die SPD stärkte sich von 28 auf 34 Prozent. Die exkommunistische PDS ist von 16 auf 22

Prozent gewachsen und nun zweitstärkste Kraft im Land rund um Berlin. FDP und Grüne/Bündnis 90 dümpeln bei je 6 Prozent. Rechtsextreme Listen und Parteien sind fast verschwunden.

Gewählt wurden die Parlamente in 14 Landkreisen, vier kreisfreien Städten sowie die Räte und Bürgermeister in rund 1700 Gemeinden. Wahlberechtigt wären 1,9 Millionen Bürger gewesen, die Wahlbeteiligung sank auf 60 Prozent.

Italien sucht neue Partei der Mitte

ROM. In Italien fand am Sonntag die zweite Runde der Kommunalwahlen statt, entschieden wurde unter anderem über die Bürgermeister von Rom, Neapel, Genua, Venedig und Triest. In all diesen Städten standen einander Kandidaten der Linken und der Rechten gegenüber. Die politische Mitte versucht sich unterdes neu zu organisieren.

In Rom und Neapel gab es Duelle zwischen Neofaschisten und Kandidaten einer Allianz, die von den einstigen Kommunisten (PDS), die sich mittlerweile zu Sozialdemokraten gewandelt haben, geführt wird. In Genua und Venedig standen einander PDS-Kandidaten und Vertreter der rechten Lega Nord gegenüber.

Die schon in der ersten Runde völlig aufgegebenen Christdemokraten (DC) beraten derzeit ihren künftigen

Kurs. Ein Großteil der Partei neigt dazu, sich einer neuen Zentrumsparterie unter der Führung des aus der DC ausgetretenen Reformpolitikers Mario Segni anzuschließen, ein kleinerer Teil will mit der PDS zusammenarbeiten.

Die Neuorganisation des Parteilebens muß rasch über die Bühne gebracht werden, denn es gilt als wahrscheinlich, daß die nächsten Parlamentswahlen bereits im März 1994 stattfinden werden.

Zum Tag

Deutscher Test

Von Friedrich Gruber

Es wäre naiv, vom Ausgang der Kommunalwahlen im ostdeutschen Brandenburg ableiten zu wollen, daß der deutsche Kanzler Kohl und seine CDU/CSU im kommenden Jahr abgewählt oder sein Regierungsbündnis mit den Liberalen schon vorher zerbrechen würde. Andererseits bestätigt nun Brandenburg, was sich in Ost- wie Westdeutschland auf je unterschiedliche Weise abzeichnet: Eine schwere Politikverdrossenheit dergestalt, daß man saturierten Regierenden nicht mehr abnimmt, sie könnten mehr Probleme lösen als ihnen passieren. Folgt dieser Befindlichkeit die Forderung „neue Männer braucht das Land“, dann ist das Brandenburger Testergebnis sogar erleichternd: Rechtsextreme Gruppen und Schreier sind im Land um Berlin fast verschwunden. Dagegen signalisieren die Erfolge von SPD und PDS einen massiven Linksrutsch, der weniger ideologisch als vielmehr sozialpolitisch motiviert ist. Die Sozialdemokraten wollen zwar nicht mit der exkommunistischen PDS in einen Topf geworfen werden. Aber in der SPD-Führung heißt es, die SED-Nachfolgerin sei eine gefestigte politische Kraft in Ostdeutschland, solange sie Zustimmung aus Zorn und Resignation der nun Benachteiligten schöpfen kann. Und das sind viele.